

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
A. Funktionen der Arbeit und des Lohns	25
B. Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland	25
C. Korrekturmaßnahmen	26
D. Gang der Untersuchung	30
Teil 1: Einwirken des Staats auf die Lohnbildung aus volkswirtschaftlicher Sicht: Ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland zu befürworten?	31
A. Zur Einführung eines Mindestlohns in Deutschland	31
I. »Sonderstellung Deutschlands«: Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten mit und ohne gesetzlichen Mindestlohn sowie mit den USA	31
II. Ökonomische Theorien und Mindestlohn	46
III. Empirische Studien zur Einführung eines Mindestlohns in Deutschland	62
IV. Erfahrungen und empirische Studien in Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn	72
V. Zusammenfassende Bewertung auf Basis der ökonomischen Theorien, empirischen Studien und Erfahrungen	84
VI. Schlussfolgerungen hinsichtlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland	86
B. Neutrale Haltung des Staates zur Lohnbildung als Kontrast: Korrekturmaßnahmen in Form des Kombilohns und der negativen Einkommenssteuer	87
I. Kombilohn und negative Einkommenssteuer	87
II. Schlussfolgerungen	93
C. Ergebnis zu Teil 1	96

Teil 2: Einwirken des Staates auf die Lohnbildung aus juristischer Sicht: Varianten der Kodifizierung eines Mindestlohns	99
A. Ausgangspunkt: Regelung der Lohnhöhe durch die Tarifvertragsparteien	99
I. Spannungsfeld zwischen Tarifautonomie und konkurrierender Gesetzgebungskompetenz des Bundes	99
II. Richtigkeitsgewähr der Tarifverträge	102
B. Aktuell existierende rechtliche Möglichkeiten des Staats zur Rege- lung der Lohnhöhe	104
I. Allgemeinverbindlicherklärung gemäß § 5 TVG	104
II. Warum das AEntG reformiert wurde – ein Rückblick auf die Streitpunkte der alten Fassung	109
III. Neue Fassung des AEntG und neue Probleme	161
IV. Warum das MindArbBedG aF keine praktische Bedeutung hatte	198
V. Gewinn an Bedeutung durch die Reform des MiArbG?	201
C. Branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn als Alter- native	210
I. Prinzipien des branchenübergreifenden Mindestlohns	210
II. Justierung der Mindestlohnhöhe	215
III. Varianten eines branchenübergreifenden Mindestlohns	215
IV. Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen	215
V. Kodifizierung eines Sittenwidrigkeitstatbestands?	222
VI. Verweisung auf unterste Tarifentgelte in § 611 BGB	232
VII. Gesetzliche Regelung ohne Verweisung	235
D. Ergebnis zu Teil 2	261
 Teil 3: Zusammenfassende Bewertung des staatlichen Einwirkens auf die Lohnbildung aus volkswirtschaftlicher und juristischer Sicht	 263
A. Staatliches Einwirken auf die Lohnbildung aus volkswirtschaft- licher Sicht	263
B. Staatliches Einwirken auf die Lohnbildung aus juristischer Sicht	265
 Teil 4: Wesentliche Ergebnisse	 273
A. Ergebnisse zu Teil 1	273
B. Ergebnisse zu Teil 2	274

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
A. Funktionen der Arbeit und des Lohns	25
B. Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland	25
C. Korrekturmaßnahmen	26
D. Gang der Untersuchung	30
Teil 1: Einwirken des Staats auf die Lohnbildung aus volkswirtschaftlicher Sicht: Ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland zu befürworten?	31
A. Zur Einführung eines Mindestlohns in Deutschland	31
I. »Sonderstellung Deutschlands«: Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten mit und ohne gesetzlichen Mindestlohn sowie mit den USA	31
1. Indikatoren der Prekarisierung	31
a) Armutsgefährdung unter Erwerbstätigen	32
b) Größe des Niedriglohnsektors	33
c) Generell sinkendes Lohnwachstum	35
2. Ursachenforschung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft	36
a) Grundsätzliches	36
b) Ursachen innerhalb der Volkswirtschaft Deutschlands	37
c) Fazit	41
3. Ein Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten sowie mit den USA	42
a) EU-Mitgliedstaaten mit gesetzlichem Mindestlohn sowie die USA	42
b) EU-Mitgliedstaaten ohne gesetzlichen Mindestlohn	44
c) Der wesentliche Unterschied zu Deutschland	44
d) Sonderstellung Deutschlands	45
II. Ökonomische Theorien und Mindestlohn	46
1. Neoklassisches Modell	47
a) Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage	47
b) Auswirkungen eines Mindestlohns aus neoklassischer Sicht	48
c) Vollständige Gleichsetzung des Arbeitsmarkts mit dem Gütermarkt	50
	11

2. Monopsonistisches Modell	52
a) Marktmacht der Unternehmen	52
b) Auswirkungen eines Mindestlohns aus monopsonistischer Sicht	53
c) Dem Monopson ähnliche Strukturen im Niedriglohnsektor	54
3. Keynesianisches Modell	55
a) Der Staat als Steuerinstrument der Binnennachfrage	55
b) Auswirkungen eines Mindestlohns aus keynesianischer Sicht	56
c) Renaissance der keynesianischen Sichtweise	57
4. Effizienzlohntheorie	59
a) Zweideutigkeit der Löhne	59
b) Auswirkungen eines Mindestlohns aus Sicht der Effizienzlohntheorie	60
c) Kompatibilität und Modernität der Effizienzlohntheorie	61
5. Fragmentarische Abbildung der Realität	61
III. Empirische Studien zur Einführung eines Mindestlohns in Deutschland	62
1. Die zwei Forschungsansätze	63
a) Der »traditionelle« Ansatz	63
b) Der »quasi-experimentelle« Ansatz	63
2. »Traditionelle« Studien	65
a) Die Studie von <i>Ragnitz/Thum</i> (2008)	65
aa) Vorgehensweise und Ergebnis	65
bb) Kritik	65
b) Die Studie von <i>Bachmann/Bauer/Kluve/Schaffner/Schmidt</i> (2008)	66
aa) Vorgehensweise und Ergebnis	66
bb) Kritik	68
c) Die Studie von <i>Müller/Steiner</i> (2008)	69
aa) Vorgehensweise und Ergebnis	69
bb) Kritik	69
3. »Quasi-experimentelle« Studien: Die Studie von <i>König/Möller</i> (2006/2007)	70
a) Vorgehensweise und Ergebnis	70
b) Kritik	70
4. Parameterabhängigkeit der Ergebnisse	72
IV. Erfahrungen und empirische Studien in Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn	72
1. Erfahrungen und empirische Studien in den USA	74
a) Tradition des Mindestlohns in den USA	74
b) Teilweise Parallelität zur Weltwirtschaftskrise	75
c) Empirische Studien	76
d) Große Widersprüchlichkeit der Pionierstudien	78

2.	Erfahrungen und empirische Studien in EU-Mitgliedstaaten mit gesetzlichem Mindestlohn	78
a)	Der Mindestlohn im Vereinigten Königreich	78
aa)	Zentrale Funktion der Low Pay Commission	78
bb)	Empirische Studien und der Low Pay Commission Report 2008	79
cc)	Positive Erfahrungen mit Modellcharakter	81
b)	Der Mindestlohn in Frankreich	81
aa)	Tradition des Mindestlohns in Frankreich	81
bb)	Empirische Studien	82
cc)	Diskrepanz zwischen Akzeptanz und empirischen Studien	83
V.	Zusammenfassende Bewertung auf Basis der ökonomischen Theorien, empirischen Studien und Erfahrungen	84
VI.	Schlussfolgerungen hinsichtlich der Einführung eine gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland	86
B.	Neutrale Haltung des Staates zur Lohnbildung als Kontrast: Korrekturmaßnahmen in Form des Kombilohns und der negativen Einkommenssteuer	87
I.	Kombilohn und negative Einkommenssteuer	87
1.	Definition	87
2.	Auswahl existenter Kombilohnmodelle in Deutschland und Bewertung	88
3.	Bislang keine negative Einkommenssteuer in Deutschland	91
II.	Schlussfolgerungen	93
C.	Ergebnis zu Teil 1	96
Teil 2: Einwirken des Staates auf die Lohnbildung aus juristischer Sicht: Varianten der Kodifizierung eines Mindestlohns		99
A.	Ausgangspunkt: Regelung der Lohnhöhe durch die Tarifvertragsparteien	99
I.	Spannungsfeld zwischen Tarifautonomie und konkurrierender Gesetzgebungskompetenz des Bundes	99
1.	Tarifautonomie	99
2.	Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes	101
II.	Richtigkeitsgewähr der Tarifverträge	102
B.	Aktuell existierende rechtliche Möglichkeiten des Staats zur Regelung der Lohnhöhe	104
I.	Allgemeinverbindlicherklärung gemäß § 5 TVG	104
1.	Strenge Voraussetzungen	104
2.	Verfassungskonformität	104
3.	Beschränkte Eignung zur Normierung von Mindestlöhnen	108

II. Warum das AEntG reformiert wurde – ein Rückblick auf die Streitpunkte der alten Fassung	109
1. Entstehungsgeschichte und Motive für das AEntG aF	109
a) Vorgezogene Umsetzung der Entsenderichtlinie 96/71/EG	109
b) Schutz der deutschen Baubranche	111
c) Ausdehnung auf die Branchen der Gebäudereiniger und Briefdienstleistungen	111
2. Tendenz zur Konzeptänderung des AEntG: Die Neufassung	112
3. Unübersichtliche Regelungstechnik des AEntG aF	113
a) Branchenübergreifende Regelungen (§ 7 AEntG aF)	113
b) Allgemeinverbindlicherklärung (§ 1 I AEntG aF)	113
c) Rechtsverordnungsermächtigung (§ 1 III a AEntG aF)	114
4. Schwierigkeiten bei der Auslegung des § 1 III a 1 und 4 AEntG aF	114
a) Zwei Ansichten in Rechtsprechung und Literatur	114
b) Das Urteil des VG Berlin vom 7. März 2008 als Wegbereiter für die Neufassung	116
5. Kristallisationspunkt: Vereinbarkeit des AEntG aF mit dem Europarecht	117
a) Vereinbarkeit mit Sekundärrecht (Entsenderichtlinie 96/71/EG)	118
b) Vereinbarkeit mit Primärrecht: Grundfreiheiten	120
aa) Abhängigkeit von der Auslegung des § 1 III a 1 und 4 AEntG aF	121
(1) Ansicht des BAG	121
(2) Ansicht des VG Berlin und des OVG Berlin-Brandenburg	122
(3) Einwände	123
(4) Ergebnis	126
bb) Dienstleistungsfreiheit: Eingriff und Rechtfertigung	127
cc) Arbeitnehmerfreizügigkeit	128
dd) Niederlassungsfreiheit	129
c) Vereinbarkeit mit Sekundärrecht und Grundfreiheiten	129
6. Kristallisationspunkt: Vereinbarkeit des AEntG aF mit dem deutschen Verfassungsrecht	129
a) Wesentlichkeitslehre	130
b) Bestimmtheit (Art. 80 I 2 GG)	132
c) Eingriff in die Koalitionsfreiheit (Tarifautonomie)	133
aa) Abhängigkeit von der Auslegung des § 1 III a 1 und 4 AEntG aF	134
bb) Eingriff durch einseitig zwingende Normen	137
cc) Tarifvertragsparteien des ausgewählten Tarifvertrags	137

dd) Tarifvertragsparteien des nicht ausgewählten Tarifvertrags	138
(1) Eingriff durch Auswahl eines Tarifvertrags bei mehreren Anträgen	138
(2) Eingriff durch Vorrang vor bereits vorhandenen Tarifverträgen	139
ee) Eingriff in die individuelle negative Koalitionsfreiheit der Außenseiter	140
d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung im Wege der praktischen Konkordanz	140
aa) Grundsätzliches zum Einwirken des Staats auf die Lohnbildung	141
bb) Ziel des AEntG aF: Unterbindung von Lohndruck	142
cc) Eignung zur Lohndruckunterbindung	142
dd) Erforderlichkeit: Existenz von mildereren, gleich wirksamen Mitteln?	143
ee) Angemessenheit: Berücksichtigung der Eingriffsintensität	144
(1) Sozialstaatsprinzip (Art. 20 I, 28 I GG)	145
(2) Schutzpflichten aus den Grundrechten	147
(3) Menschenwürde (Art 1 I GG)	148
(4) Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	152
(5) Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 I GG)	153
(6) Kollektive Koalitionsfreiheit (Art. 9 III GG)?	153
(7) Überwiegen der geschützten Grundrechte	154
e) Eingriff in die Arbeitsvertragsfreiheit der nicht tarifgebundenen Arbeitgeber/Arbeitnehmer (Art. 12 I, 2 I GG)	155
aa) Funktion der Arbeitsvertragsfreiheit	155
bb) Eingriff durch § 1 III a AEntG aF	156
f) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung: Überwiegen der geschützten Interessen	156
g) Eingriff in die Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	157
h) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	158
i) Verstoß gegen das Gleichheitsgebot (Art. 3 I GG)?	158
aa) Zwei Anknüpfungspunkte für die Ungleichbehandlung	158
bb) Willkürverbot und »neue Formel«	159
j) Mängel hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Verfassungsrecht	160
III. Neue Fassung des AEntG und neue Probleme	161
1. Ausdrückliche Kodifizierung der Ziele	162
2. Ausgedehnter Anwendungsbereich und zwei Verfahrensarten	162
3. Gewinn an Übersichtlichkeit	163

4. Gewinn an Klarheit	164
a) Gewinn an Klarheit über die Erfordernisse des Antrags	164
b) Gewinn an Klarheit über die Auslegung des § 8 I 2, II AEntG nF	165
5. Normierung des Auswahlkriteriums der Repräsentativität	165
6. Bleibendes Problem des Vorrangs vor bereits vorhandenen Tarifverträgen	169
7. Übrige wesentliche Neuerungen	170
a) Beteiligung des Tarifausschusses gemäß § 7 V AEntG nF	170
b) Verzicht, Verwirkung (§ 9 AEntG nF)	170
8. Vereinbarkeit mit dem Europarecht	171
a) Vereinbarkeit mit Sekundärrecht (Entsenderichtlinie 96/71/EG)	171
b) Vereinbarkeit mit Primärrecht: Grundfreiheiten	172
aa) Dienstleistungsfreiheit: Eingriff und Rechtfertigung	172
bb) Soziale Grundrechte als Rechtfertigungsmöglichkeit	172
cc) Zwischenergebnis	174
c) Vereinbarkeit mit Primärrecht: Grundrechte	174
aa) Rechtsquellen und Rechtserkenntnisquellen	174
bb) Unternehmerische Freiheit	177
cc) Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen	178
d) Europarechtskonformität	179
9. Bleibendes Hauptproblem: Vereinbarkeit mit deutschem Verfassungsrecht	179
a) Wesentlichkeitslehre	180
b) Bestimmtheit (Art. 80 I 2 GG)	180
c) Eingriff in die Koalitionsfreiheit (Tarifautonomie)	181
aa) Tarifvertragsparteien des ausgewählten Tarifvertrages	182
bb) Tarifvertragsparteien des nicht ausgewählten Tarifvertrages	182
(1) Eingriff durch Auswahl eines Tarifvertrages bei mehreren Anträgen	183
(2) Eingriff durch Vorrang vor bereits vorhandenen Tarifverträgen	184
(3) Fazit	184
d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung im Wege der praktischen Konkordanz?	185
aa) Legitime Ziele des AEntG nF	185
bb) Eignung zur Niedriglohnbekämpfung	187
cc) Erforderlichkeit im Verhältnis zum branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn	187

dd) Angemessenheit: Durchführung der praktischen Konkordanz	188
(1) Sozialstaatliche Motivation des AEntG nF	188
(2) Schutzpflichten des Staats aus den Grundrechten	189
(3) Menschenwürde: Begrenzung auf das Existenzminimum?	189
(4) Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	191
(5) Kollektive Koalitionsfreiheit (Art. 9 III GG)?	192
(6) Überwiegen der geschützten Grundrechte	193
e) Eingriff in die Arbeitsvertragsfreiheit (Art. 12 I, 2 I GG)	193
f) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	194
g) Eingriff in die Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	194
h) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	196
i) Verstoß gegen das Gleichheitsgebot (Art. 3 I GG)?	196
aa) Zwei Anknüpfungspunkte für die Ungleichbehandlung	196
bb) Willkürverbot und »neue Formel«	197
j) Verfassungskonformität	198
IV. Warum das MindArbBedG aF keine praktische Bedeutung hatte	198
1. Zielsetzung des MindArbBedG aF	198
2. Voraussetzungen und Verfahren	199
3. Tarifvorbehalt in § 8 II MindArbBedG aF	200
4. Keine Kollision mit höherrangigem Recht	200
5. Keine praktische Bedeutung	200
V. Gewinn an Bedeutung durch die Reform des MiArbG?	201
1. Das MiArbG nF als Ergänzung des AEntG nF	201
2. Voraussetzungen und Verfahren	201
3. Grundlegende Änderung durch Abschaffung des Tarifvorbehalts	202
4. Weitere wesentliche Neuerungen	203
5. Neue Schwierigkeit: Vereinbarkeit mit deutschem Verfassungsrecht	204
a) Bestimmtheit (Art. 80 I 2 GG)	204
b) Eingriff in die kollektive Koalitionsfreiheit der Tarifvertragsparteien des außer Kraft gesetzten Tarifvertrags	205
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung im Wege der praktischen Konkordanz?	205
aa) Legitime Ziele des MiArbG nF	205
bb) Eignung des MiArbG nF als Ergänzung des AEntG nF	206
cc) Erforderlichkeit in einer das AEntG nF ergänzenden Funktion	207
dd) Angemessenheit: Überwiegen der geschützten Grundrechte	207

d) Verletzung der Arbeitsvertragsfreiheit (Art. 12 I, 2 I GG)?	208
e) Verletzung der Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)?	208
f) Verstoß gegen das Gleichheitsgebot (Art. 3 I GG)?	208
6. Konstant geringe praktische Bedeutung	209
C. Branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn als Alternative	210
I. Prinzipien des branchenübergreifenden Mindestlohns	210
II. Justierung der Mindestlohnhöhe	215
III. Varianten eines branchenübergreifenden Mindestlohns	215
IV. Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen	215
1. Regelungstechnik	216
2. Konzeptionelle Mängel	217
3. Verfassungsrechtliche Probleme	217
a) Bestimmtheit (Art. 80 I 2 GG)	218
b) Koalitionsfreiheit (Tarifautonomie)	218
c) Arbeitsvertragsfreiheit (Art. 12 I, 2 I GG)	220
d) Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	220
e) Gleichheitsgebot (Art. 3 I GG)	221
4. Keine Eignung zur Erfüllung der Mindestlohnfunktionen	221
V. Kodifizierung eines Sittenwidrigkeitstatbestands?	222
1. Unklarheiten in der bisherigen Rechtsprechung und Literatur	222
a) Der »objektive Wert« der Arbeitsleistung	223
b) Bezugswert: Ortsübliches Lohnniveau oder üblicherweise gezahlter Tariflohn?	224
c) Unscharfe Definition der Untergrenze	227
d) Rolle des subjektiven Moments	228
2. Konkretisierung im Urteil des BAG vom 22. April 2009	228
a) Bezugswert: Üblicherweise gezahlter Tariflohn	228
b) Erstmals Definition der Üblichkeit der Tarifvergütung	229
c) Zwei-Drittel-Untergrenze	229
d) Bedeutung der Umstände des Einzelfalls hinsichtlich der Untergrenze	229
e) Rechtsfolge des § 612 II BGB	229
3. Herstellung von Einzelfallgerechtigkeit	230
4. Kodifizierung eines Sittenwidrigkeitstatbestands?	230
a) Regelungstechnik	230
b) Nicht zielführende Rechtsfolge	231
5. Keine Eignung zur Erfüllung der Mindestlohnfunktionen	232
VI. Verweisung auf unterste Tarifentgelte in § 611 BGB	232
1. Dynamische Verweisung	232
2. Wesentlicher Unterschied zur Regelungstechnik des AEntG	233

3. Vereinbarkeit mit dem Verfassungsrecht	233
a) Bestimmtheit (Art. 80 I 2 GG)	233
b) Wesentlichkeitslehre	234
4. Verfassungswidrigkeit der Verweisung auf unterste Tarifentgelte	235
VII. Gesetzliche Regelung ohne Verweisung	235
1. Zielerreichung als tarifunabhängige Mindestlohnvariante	235
2. Einfachheit und Transparenz	237
3. Verfassungsrechtliche Relevanz der Mindestlohnhöhe	238
4. Getrennte Beträge für die alten und neuen Bundesländer?	239
5. Anpassungsmodus	241
a) Festlegung der Intervalle	241
b) Festlegung der Parameter	241
6. Diskussion des Entwurfs eines Gesetzes über die Festsetzung des Mindestlohns des Bundeslands Rheinland-Pfalz	242
a) Definition des Mindestlohns	242
b) Verfahren der Festsetzung	243
7. Formulierungsvorschlag für die Ermächtigungsgrundlage zur Mindestlohnnormierung	245
8. Zentrale Frage: Vereinbarkeit mit dem Verfassungsrecht	247
a) Wesentlichkeitslehre	247
b) Bestimmtheit (Art. 80 I 2 GG)	247
c) Eingriff in die Koalitionsfreiheit (Tarifautonomie)	248
d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung im Rahmen der praktischen Konkordanz	248
aa) Mit dem AEntG nF deckungsgleiches Ziel	249
bb) Eignung zur Niedriglohnbekämpfung	249
cc) Erforderlichkeit im Verhältnis zum AEntG nF	250
dd) Angemessenheit: Durchführung der praktischen Konkordanz	251
(1) Form der Umsetzung des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 I, 28 I GG)	251
(2) Schutzpflichten aus den Grundrechten	252
(3) Zentrale Bedeutung der Menschenwürde (Art. 1 I GG)	252
(4) Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	253
(5) Keine Rechtfertigung durch die kollektive Koalitionsfreiheit	253
(6) Überwiegen der geschützten Grundrechte	253
e) Eingriff in die Arbeitsvertragsfreiheit (Art. 12 I, 2 I GG)	254
f) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	254
g) Eingriff in die Berufsfreiheit (Art. 12 I GG)	256
h) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	257

i) Verstoß gegen das Gleichheitsgebot (Art. 3 I GG)?	258
aa) Gleichbehandlung als Charakteristikum	258
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	259
j) Verfassungskonformität	260
D. Ergebnis zu Teil 2	261
Teil 3: Zusammenfassende Bewertung des staatlichen Einwirkens auf die Lohnbildung aus volkswirtschaftlicher und juristischer Sicht	263
A. Staatliches Einwirken auf die Lohnbildung aus volkswirtschaftlicher Sicht	263
B. Staatliches Einwirken auf die Lohnbildung aus juristischer Sicht	265
Teil 4: Wesentliche Ergebnisse	273
A. Ergebnisse zu Teil 1	273
B. Ergebnisse zu Teil 2	274
Literaturverzeichnis	277
Sachregister	289